

„ESSENER ERKLÄRUNG“

ZUR FÖRDERUNG DER ORGANSPENDE

In ganz Deutschland und auch in Essen kann wegen des Mangels an Organspendern vielen Patienten nicht zeitgerecht mit einer notwendigen Transplantation geholfen werden. Bei der Vergabe der Organe an 12.000 Patienten auf der Warteliste müssen nach dem Transplantationsgesetz die Aspekte Gerechtigkeit, Erfolgsaussicht und Dringlichkeit berücksichtigt werden. Der Mangel geeigneter Spenderorgane stellt ein wesentliches Problem im Versorgungsauftrag der aktuellen Transplantationsmedizin dar.

Da nicht rechtzeitig ein passendes Spenderorgan zur Verfügung steht, sterben in Deutschland jährlich mehr als 1.000 Patienten, die auf der Warteliste für eine Transplantation stehen. **Allein in Essen sind davon rund 80 Patienten pro Jahr betroffen !**

Im internationalen Vergleich der Spendenbereitschaft bewegt sich Deutschland 2010 trotz einer erfreulichen Steigerung nur im unteren Drittel der Organspenderate. Auch in Essen existiert ein hohes Organspenderpotenzial, das anscheinend nicht ausgeschöpft wird. So werden nur an weniger als der Hälfte der Krankenhäuser in Essen Organspenden realisiert.

Die Repräsentativumfrage im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) von 2010 zeigt eine Rate an Organspenderausweisträgern von 25%. Diese Befragung ergibt aber auch, dass immerhin 74% der Befragten grundsätzlich bereit wären, Organe oder Gewebe nach dem Tod zu spenden. Nach eigenen Angaben fühlen sich 7% sehr gut, 40% eher gut, 50% eher schlecht und 3% gar nicht über das Thema „Organ- und Gewebespende“ informiert. Aber im persönlichen Bedarfsfall wünschen sich etwa 90% eine Organtransplantation.

Deshalb sind Kampagnen zur Förderung der Organspendebereitschaft sehr wichtig, da Sie wichtige Informationen zur Organspende transportieren und für die Problematik des Organspendermangels sensibilisieren. Dass bei besonders gut informierten Personen eine sehr hohe Rate an Organspenderausweisträgern von über 60% erreichbar ist, zeigen Umfragen bei Medizinstudenten in Essen.

Ein Ansatz zur Steigerung der Zustimmungsrates könnte eine gesetzliche Neuregelung im Sinne der von uns geforderten „Erklärungslösung“ sein. Bei der „Erklärungslösung“ wäre jeder Bürger aufgefordert seine Entscheidung „für“ oder „gegen“ eine Organspende zu dokumentieren. Am sinnvollsten ist eine Dokumentation des persönlichen Willens über ein Merkmal auf der geplanten elektronischen Gesundheitskarte. Mit einer zu Lebzeiten getroffenen Entscheidung des Verstorbenen werden die Angehörigen in der schwierigen, emotionalen Situation bei der Überbringung der Todesnachricht und der Frage nach Organspende entlastet.

Mit der Gründung eines Essener Aktionsbündnisses und durch Veranstaltungen und Aufklärung soll das öffentliche Bewusstsein pro Organspende in der Bevölkerung und Ärzteschaft gefördert werden. Über eine Optimierung der Abläufe kann auch in Essen die Erkennung möglicher Organspender verbessert, die Ablehnungsrate verringert und damit eine Steigerung der Organspenderzahlen erreicht werden.